ANMERKUNGEN
Zum ERINNERUNGSJAHR 2019

Januar 2019

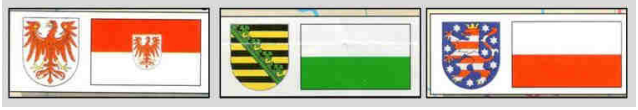
15. Januar 100. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

11. April 74. Jahrestag der Befreiung Buchenwald

24. Mai 70 Jahre Grundgesetz der BRD

26. Mai Europawahl / Kommunalwahlen

1. September Landtag Brandenburg / Landtag Sachsen / 27. Oktober Landtag Thüringen



7. Oktober vor 70 Jahren Gründung der DDR

Oktober / November / Dezember 1989 / 30 Jahre "Wende" zurück zum Kapitalismus

Sie haben es gewagt...

*Der Kalender zeigt den 14. Januar 1919 an. In der Wohnung der Familie Marcusson in Berlin-Wilmersdorf schreibt **Karl Liebknecht** einen Artikel für die »Rote Fahne«.*
Der Januaraufstand, letztes Aufbäumen der Revolution gegen Verrat und Heimtücke, ist von der Noske- Soldateska niedergeschlagen. Die Eberts und Scheidemänner triumphieren, »denn die Generalität, die Bürokratie, die Junker von Schlot und Kraut, die Pfaffen und Geldsäcke und alles, was engbrüstig, beschränkt, rückständig ist, stand bei ihnen«.
Weiter notiert Karls flinke Feder:
»Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse - wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird, - leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beschweren. Trotz alledem!«

*An diesem Tag sitzt auch **Rosa Luxemburg** über einen Artikel. Sie beklagt: »Ordnung herrscht in Berlin!« Um sodann zu warnen und zu mahnen:*
»Und die frohlockenden Sieger merken nicht, daß eine >Ordnung<, die periodisch durch blutige Metzeleien aufrechterhalten werden muß, unaufhaltsam ihrem historischen Geschick, ihrem Untergang entgegengeht... Die Revolution hat keine Zeit zu verlieren, sie stürmt weiter - über noch offene Gräber, über Siege und Niederlagen hinweg ihren großen Zielen entgegen.« Ihr letzter Artikel endet mit den Worten: »Ich war, ich bin, ich werde sein.«

... und haben nicht verloren

Am 4. August 1914 ist Karl der einzige, der seine Stimme den Kriegskrediten verweigert. Obwohl er und Rosa nun die ganze Härte der Klassenjustiz zu spüren bekommen, streiten beide weiter mit Gleichgesinnten unbeirrt für Frieden - und für die Revolution. Sie haben es gewagt. Und haben nicht verloren. ***(Aus K. Vesper nd 12./13.1.2019)***

ANMERKUNGEN - WORTE UND WIDERWORTE / Zu Themen 2019

Parteivorsitzenden Bernd Riexinger
»Wir lernen von denen, die für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gestritten haben.«

Erinnerungen an die Gründung der KPD vor 100 Jahren / Weder Grusel- noch Jubelshow

Aus Karlen Vesper , nd vom 9. Januar 2019

...Hubertus Knabe und der Berliner CDU-Fraktionschef Burkard Dregger, eines Experten für Gruselkabinette wie auch des Sohnes eines strammen Bataillonskommandeurs in Hitlers Wehrmacht, hatten vorab verbal Protest gegiftet ob vermuteter »Verniedlichung«.
Die Linkspartei freute die Publicity vorab. Sie ließ sich nicht irritieren. Hat sie auch nicht nötig. Es gibt keine Partei in diesem Lande, die sich derart konsequent und kritisch mit ihrer Geschichte auseinandersetzt, quält und zweifelt wie sie. Seit nunmehr bereits drei Jahrzehnten.

Mitunter hatte es schon masochistische Züge. Wie oft hat sich diese Partei schon offiziell entschuldigt? Für den Stalin'schen Terror, für die Mauer, für den Einmarsch in Prag ... Das genügt manchen Zeitgenossen offenbar nicht. Sie erwarten wohl, dass die Linke sich noch dafür entschuldigt, dass es sie überhaupt noch gibt.

Eine Jubelveranstaltung war die von der Linksfraktion des Berliner Abgeordnetenhauses mit Unterstützung der Historischen Kommission der Partei ausgerichtete und von Kai Degenhardt musikalisch begleitete Tagung wahrlich nicht. Manuela Schmidt, Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses, erinnerte an den 1989 programmatisch eingemeißelten, unwiderruflichen Bruch mit dem Stalinismus und daran, dass die Gründungsväter und -mütter der KPD jedwedem Terror zur Erreichung ihrer politischen Ziele eine strikte Absage erteilt hatten.

Die mit der Konstituierung der Kommunistischen Partei Deutschlands an der Jahreswende 1918/19 erfolgte - organisatorische - Spaltung der Arbeiterbewegung nannte die Linksabgeordnete bedauerlich, **weil jegliche Spaltung einen Verlust an Kampfkraft bedeute, »damals wie heute«**. Die Erziehungswissenschaftlerin unterstrich aber auch: »Es wäre falsch, die KPD in Bausch und Bogen zu verdammen.« Anknüpfungspunkte an den Kampf der Kommunisten in der Weimarer Republik seien für heutige Linke deren energische Ablehnung des knechtenden Lohnsystems und deren Eintreten für Partizipation in Betrieben und Gesellschaft, für die Gleichstellung der Geschlechter und die Enteignung gieriger Spekulanten. ...

Liebknechts entschlossenes "Nein" zu den Kriegskrediten, sein Internationalismus und Antimilitarismus, den Luxemburg entschieden unterstützte, hatte die beiden Sozialdemokraten zu Verbündeten gemacht - gegen eine Mehrheit der Partei. In einem DLF- Kommentar.

Die Partei muss stets den Pulsschlag der Massen fühlen

Wie die heutige Linke dies erreichen könne, wollte man aus dem Mund des **Parteivorsitzenden Bernd Riexinger** erfahren. Nach einem historischen Schnelldurchlauf, ebenfalls sehr kritisch, offerierte er Schlussfolgerungen:

Demokratie und Sozialismus gehören zusammen, Presse- und Meinungsfreiheit sind zu verteidigen, Minderheiten zu respektieren, aber auch Mehrheitswillen. Mehrheiten seien zu gewinnen und Spaltungen zu verhindern. Und: Es gelte, die SPD nach links zu treiben. Das Scheitern des Neoliberalismus habe nicht wie erhofft zur Stärkung der Linken geführt, im Gegenteil den Rechtspopulisten genützt, bedauerte Riexinger, der zugleich auf saubere Unterscheidung zwischen Rechten und Neofaschisten beharrte. Es sind stärker Alternativen zur herrschenden Politik und dem Kapitalismus aufzuzeigen, sagte er und bekräftigte abschließend: »Wir lernen von denen, die für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gestritten haben.« ***

Wer und wie wird gewürdigt?

Vor 100 Jahren wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet. Nicht die Täter, aber politisch verantwortlich waren Sozialdemokraten. Der 15. Januar 1919 besiegelte die Spaltung der einst mächtigen und revolutionären deutschen Linken. Das Erbe der Toten wurde verzerrt und benutzt. Und noch in diesen Tagen ging es z.B. im MDR nicht so sehr um eine angemessene Würdigung der Menschen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in ihrer Zeit und für die heutige Zeit. Zu vorderst ging es wie so oft dieser Denkschule bei Geschichtsbeiträgen um eine weitere Abrechnung mit der DDR und der Linken.

Die Täter blieben unbestraft

Von Klaus Gietinger

Am 16. Januar 1919 druckten fast alle Tageszeitungen Berlins, ja Deutschlands, inklusive der »Vorwärts«, die Lügenmärchen, die Hauptmann Waldemar Pabst, faktischer Kommandant der Garde-Kavallerie-Schützen-Division (GKSD) über seinen Propagandachef Fritz Grabowsky und das-Wolffsche Telegrafenbüro hatte verbreiten lassen: Karl Liebknecht im Tiergarten auf der Flucht erschossen, Rosa Luxemburg im Wagen vor dem Eden-Hotel von einer Menschenmenge umlagert, getötet, die Leiche entführt und spurlos verschwunden.

Extrablatt „Vorwärts“

Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nummer 4 — Freitag, den 10. Januar 1919 — Nummer 4

Offensive gegen Spartakus

Berliner!

Der Entscheidung zu!

Der „Vorwärts“ gegen die revolutionäre Vorhut der deutschen Arbeiterklasse

Der rechte Sozialdemokrat und Volksbeauftragte Gustav Noske (Mitte) mit konterrevolutionären Soldaten. Januar 1919

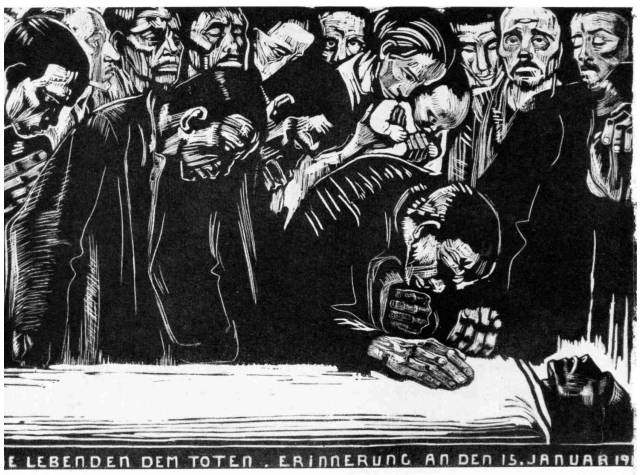
Später wurde vermeldet, die SPD-Regierung unter Friedrich Ebert, Gustav Noske und Philipp Scheidemann habe strengste Untersuchung angeordnet und das Kriegsgericht der GKSD damit betraut. Also die Kameraden der Mörder. Proteste dagegen, auch aus der SPD, wurden ignoriert. - Es wäre jedoch überhaupt nichts passiert, hätte nicht Leo Jogiches, durch den Mord zum Vorsitzenden der KPD avanciert, für die »Rote Fahne« selbst ermittelt und Zeugen im Eden-Hotel befragt. Er kam mit seinen Recherchen der Wahrheit sehr nahe. Jogiches benannte exakt die Mörder Liebknechts: die Offiziere Pflugk-Hartung, Stiege, Liepmann, Ritgen und Jäger Friedrich. Als Luxemburgs Mörder vermutete er Oberleutnant Kurt Vogel, den Transportführer. Auch der Jäger Otto Runge wurde von ihm als der Mann identifiziert, der beide Opfer mit einem Gewehrkolben attackierte. Als dessen Anstifter machte er Hauptmann Petri aus. Waldemar Pabst wurde ebenfalls bereits von Jogiches als Drahtzieher erkannt. Nun war ein Prozess unabdingbar. Jogiches jedoch hatte damit sein Todesurteil unterschrieben. Er wurde im März 1919 verhaftet und vom Kriminalbeamten Tamschick, der auch zu Pabsts Division gehörte, in Moabit durch Genickschuss »auf der Flucht« ermordet.

Im Mai 1919 saßen dann also die Kameraden der Mörder über diese zu Gericht. Einer der Richter hieß Wilhelm Canaris, der spätere Abwehrchef Hitlers. Auf dem Schwarzmarkt handelte man die Eintrittskarten mit bis zu 1000 Mark. Unter dem Bild von Kaiser Wilhelm II. entwickelte sich ein Camouflage-Prozess, den die SPD-Regierung zu verantworten hatte. / nd 15.1.2019

SPD soll sich entschuldigen

Zu Gedenken und Erinnern luden Klaus Gietinger und der Schauspieler Rolf Becker in den »Schleusenkrug« im Tiergarten an jenen historischen Ort, an dem am 31. Mai 1919 Luxemburgs Leiche im Landwehrkanal entdeckt wurde. Sie informierten über einen Offenen Brief an die SPD und die Verteidigungsministerin Ursula van der Leyen. Letztere wird aufgefordert, Kasernen, die noch nach Wehrmachtsoffizieren benannt sind, in Rosa-Luxemburg-, Karl-Liebknecht- oder Kurt-Eisner-Kaserne umzubenennen. Die SPD wiederum solle sich zur Verantwortung für den Doppelmord vom 15. Januar 1919 bekennen, sich für die Massaker an Berliner Arbeitern und Arbeiterinnen unter Gustav Noskes Befehl entschuldigen und die Friedrich-Ebert-Stiftung - wegen der Verstrickung des damaligen SPD-Vorsitzenden in die Verbrechen -umbenennen.

Nd 15.1.2019



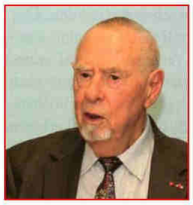
Gedenkblatt von Käte Kollwitz für Karl Liebknecht. 1919/1920

GEDENKEN IN BUCHENWALD

In der Bundesrepublik Deutschland werden Antifaschisten institutionell angegriffen, weil sie im Sinne des Schwurs von Buchenwald aktiv werden. Den Faschismus „mit seinen Wurzeln" zu vernichten impliziere, den Kapitalismus und damit die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen zu wollen.

Der Vorsitzende der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora und Erster Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos, Günter Pappenheim, nahm dazu vor der Lagerarbeitsgemeinschaft im Februar 2018 Stellung. Seine Ausführungen werden hier veröffentlicht.

Gedanken zum Schwur von Buchenwald



Günter Pappenheim, Vorsitzende der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora und Erster Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos

Seit einiger Zeit ist festzustellen, dass der Schwur von Buchenwald unerträglichen Angriffen ausgesetzt ist. Zugleich werden Versuche unternommen, ihn zu verfälschen und zu interpretieren.
Ich habe darauf anlässlich meiner Ernennung zum Kommandeur der Ehrenlegion Frankreichs im Januar 2017 und auf der Gedenkkundgebung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos im April 2017 auf dem ehemaligen Appellplatz in Buchenwald hingewiesen.
Grundsätzlich ist dazu zu sagen, dass die „Deklaration" der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald vom 19. April 1945 unter den komplizierten Bedingungen des Lagers entstand, die Zustimmung aller am Internationalen Lagerkomitee beteiligten Nationen erhielt und ein von 21 000 Überlebenden beschworenes historisches Dokument wurde, das keiner Deutung bedarf.

Jegliche Diskreditierung dieses Schwurs ist eine einundzwanzigtausendfache Beleidigung der Überlebenden und zugleich eine Schändung der 56000 Opfer von Buchenwald.
Die „Deklaration" ist als Schwur von Buchenwald in die Geschichte eingegangen und sehr viele, die von den deutschen Faschisten in Gefängnissen, Zuchthäusern, Konzentrationslagern gemartert wurden, die Zwangsarbeit leisteten, die emigrieren mussten, die der Verfolgung ausgesetzt waren, die in Spanien oder in den alliierten Streitkräften gegen die Nazis gekämpft hatten, machten sich die Grundaussagen dieses Schwurs zu eigen und sie lebten dafür, dass er eines Tages Wirklichkeit werde. Der Schwur wurde zum Fanal des Neuanfangs und wirkte auf nachfolgende Generationen.
Die von hoher politischer Verantwortung getragene Aussage, dass der Kampf erst einzustellen sei, wenn „auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht", dass „die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln unsere Losung (ist)" und der „Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit (...) unser Ziel" ist so beschworen worden.
Das befreite Aufatmen nach zwölf bitteren Jahren Faschismus war alternativlos und es gibt bis heute nichts Vernünftigeres als eine Welt ohne Faschismus und Krieg. Da weder der Faschismus vernichtet, noch der Frieden gesichert ist, besitzt der Schwur höchste Aktualität.
Deshalb haben wir Überlebende im April 2017 in Buchenwald unser Vermächtnis in die Hände nachfolgender Generationen gegeben und wir sind überzeugt, dass das Richtige getan wird, um die Gedanken des Schwurs Wirklichkeit werden zu lassen. Aus unserer Erfahrung wissen wir, dass der zu gehende Weg steinig ist. Mit der Zuversicht, dass Vernunft sich durchsetzen wird, lohnt es sich, diesen Weg zu gehen.

Jenen, die heute in bequemen Sesseln an hessischen Verfassungsschutzschreibtischen Steuergelder vergeuden und es unternehmen, pseudowissenschaftlich zu begründen, dass der Schwur von Buchenwald „kommunistische Faschismustheorie" stütze und damit die Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung in Frage stelle, sei ins

Stammbuch geschrieben: Sie sind folgsame Schüler ihrer Lehrer geworden, jener, die uns einsperrten und folterten. Nach unserer Befreiung taten sie eine Zeit lang, als hätten sie von nichts gewusst. Nachdem sie sich unter den Schwingen des Bundesadlers sicher fühlten, bekleideten sie wieder ihre Ämter. Das blinder echte Auge blieb blind und im Kalten Bürgerkrieg (1) lebten sie auf.

In seiner ersten Regierungserklärung erklärte Bundeskanzler Adenauer, die Bundesregierung sei entschlossen, „dort, wo es ihr vertretbar erscheint, Vergangenes vergangen sein zu lassen, in der Überzeugung, dass Viele für subjektiv nicht schwerwiegende Schuld gebüßt haben." (2)

„Die Arme zur Integration ehemaliger NSDAP-Mitglieder, NS-Eliten und NS-Täter wurden weit geöffnet." (3)

Während Adenauer im **Februar 1946** an einen katholischen Geistlichen in Bonn schrieb: „Nach meiner Meinung trägt das deutsche Volk und tragen auch die Bischöfe und der Klerus eine große Schuld an den Vorgängen in den Konzentrationslagern" (4) sagte er in der Bundestagdebatte im **Oktober 1952:** „Wir sollten jetzt mit der Naziriecherei einmal Schluss machen, denn, verlassen Sie sich darauf, wenn wir damit anfangen, weiß man nicht, wo es aufhört." (5)

Bereitwillig wurde dem Gedanken gefolgt, es kam zu umfangreichen Revisionen in Kriegsverbrecherprozessen, Ämter und Würden wurden wieder hergestellt, nichts ging verloren.

Daran muss erinnert werden, genau so wie an den von Anfang an verfassungswidrigen KPD-Prozess, „dessen (...) Ziel es war, die KPD und mit ihr alle Kommunisten und solche, die dafür gehalten wurden, ein für alle Mal aus dem öffentlichen Leben Westdeutschlands zu verbannen." (6)

Heute reiben sich manche die Augen über Anmaßungen der AfD in den Landesparlamenten und im Bundestag. Geflissentlich übersehen wird, dass die Führenden bereits in der CDU dienten. Gaulands Gaunerstück als Staatssekretär und Chef der hessischen Staatskanzlei ist doch nicht vergessen. (7)

Seit 1964 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine mit Steuergeldern finanzierte neofaschistische und, gerichtsnotorisch festgestellt, verfassungsfeindliche NPD, die zu verbieten und ihr die Legalität zu nehmen politisch nicht gewollt ist. Inzwischen sind funktionierende Ersatzorganisationen entstanden wie die Identitären. Sie sind ungehindert die Fußtruppen der AfD geworden. Ein Nationalsozialistischer Untergrund konnte sieben Jahre unerkannt morden. Eine gefährliche, zum Teil bewaffnete so genannte Reichsbürgerbewegung wird seit Jahren geduldet. Hass, Aufrufe zu Gewalt wabern im Internet, Juden, vermeintliche Ausländer und andere zum Feindbild zu erklären, Muslime als „abstoßendes, hinterhältiges Menschenmaterial", Migranten als „Ungeziefer" zu bezeichnen, bleibt nahezu folgenlos. (8)

Was ich hier nur andeutungsweise erwähne, scheint mir ertragreiches Betätigungsfeld für Verfassungsschützer. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass zumindest neue Fragwürdigkeiten während der zu erwartenden Regierungszeit der Großen Koalition erheblich zunehmen werden.

Wir haben uns darauf einzustellen, dass wir unsere antifaschistischenPositionen sachlich und konsequent verteidigen müssen.Die Angriffe auf den Schwur von Buchenwald nehmen wir nicht hin, von niemandem!Diese nationale Schande ist in hohem Grade unwürdig. Das zu benennen, bleibt unsere Pflicht -auch gegenüber den noch Lebenden anderer Nationen und ihnen Nachfolgenden.

Mit Chemnitzer Jugendlich in Buchenwald

„Büste von Thälmann erinnerte an die Toten in Buchenwald“

Zum Beitrag „Wo ist der Gedenkstein?“ in der Rubrik „Ihre Frage“ („Freie Presse“ am 19. März).

Dass die Stadt nicht weiß, was sich auf dem Sockel befand, ist bedenklich, denn die Büste wurde nach der Wende entfernt. Es handelte sich um eine Bronzebüste von Ernst Thälmann, die im Gedenken an die Toten des Konzentrationslagers Buchenwald aufgestellt wurde. Es ergibt sich die Frage, was die Stadt damit gemacht hat.

R. Blum, per E-

Selbst im Kindergarten wurde uns 1988 beigebracht, dass auf dem Sockel die Büste eines „guten Mannes“ stand. Es war Ernst Thälmann. Auf dem Sockel war es noch zu lesen.

Ich kann es nicht nachvollziehen, dass es der Stadtverwaltung nicht bekannt ist, was auf dem Sockel jahrelang stand. Jedes Kind im Flemmingebiet, das die ehemalige Polytechnische Oberschule (POS) „Hermann Matern“ in der Buchenwaldsiedlung besuchte, weiß heute noch, dass auf dem Sockel bis nach der Wende eine Büste von Ernst Thälmann stand, die dann eines Tages abmontiert war.

Gudrun Mitschke, per E-Mail

Das hat mich an den Wandertag erinnert, bei dem uns unsere Erzieherin von dem „guten Mann“ erzählte.

Stefanie Nagel, per E-Mail

Erinnerung an Thälmann verschwunden in Chemnitz

Aus 73. Jahrestag Selbstbefreiung der Häftlinge KZ Buchenwald / LAG Buchenwald-Dora e.V. Darin auch alle Quellen und vollständige Fußnoten.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird in diesem Jahr 70 Jahre.In einem Geleitwort einer Publikation des Deutschen Bundestag schrieb bereits 2006 Dr. Norbert Lammert, der damalige Präsident:
„*Das Grundgesetz ist das wichtigste Dokument unseres demokratischen Selbstverständnisses und die freiheitlichste Verfassung, die Deutschland in seiner Geschichte je hatte“.*
Und dann weiter: „*Vielleicht ist der Begriff des Exportschlagers in diesem Zusammenhang etwas salopp, tatsächlich aber haben andere Staaten diese und andere verfassungsrechtlichen Innovationen in ihre Verfassungen übernommen.*
Was in der Verfassung steht, ist eine Sache, eine andere Sache ist die Frage, ob und wie die in ihr formulierten Werte auch verwirklicht werden. Doch darauf kommt es an. Unser Staat ist angewiesen darauf, dass die Idee der Menschenwürde, die Grundwerte der Freiheit, Gleichheit und Toleranz gelebt werden. Demokratie braucht Bürger, die sich einmischen, die Verantwortung übernehmen, die Engagement zeigen.“

Und vordem hatte der Bundespräsident Johannes Rau schon 2003 erklärt: *"In fünfzig Jahren der Geschichte der Bundesrepublik - fast zehn Jahre davon nun im einigen Deutschland - haben wir nicht nur Demokratie gelernt, sondern Stück für Stück versucht, den Text des Grundgesetzes mit Leben zu erfüllen"*

Zum Thema wird im Programm des Deutschland Funk die Sendereihe gestartet. - Mein Grundgesetz - Meine Meinung
„Wenn man als Deutscher auf etwas stolz sein kann, dann auf die Verfassung." Dieser Satz aus einem Hörerbrief hat uns neugierig gemacht. Das Grundgesetz wird 70 und wir wollen wissen, was Sie darüber denken. …..Welches Verhältnis haben Sie zur deutschen Verfassung? Welcher Artikel ist Ihnen besonders wichtig? Was möchten Sie ändern? Aus DLF Programm Januar 2019

ANMERKUNGEN - WORTE UND WIDERWORTE / Zu Themen 2019

Beim jetzt angesagtem Jubeln über das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland NICHT VERGESSEN

Die Bundesbürger der alten Bundesrepublik leben (2012, d.R.) ...über mehr als sechs Jahrzehnte unter einem Provisorium, unter dem Provisorium des Grundgesetzes (GG). Die DDR-Bürger, die verfassungswidrig, unter Missachtung des Art. 146 GG, der die Erarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung nach Herstellung der Einheit vorsah, durch Beitritt diesem Provisorium unterworfen wurden, haben nunmehr mehr als zwei Jahrzehnte dieses Grundgesetz erlebt. Daran ändert auch, die eher im Stillen durch den Bundestag veränderte Präambel des GG nach der es nun für alle gilt, nichts.

Artikel 146
[Geltungsdauer des Grundgesetzes]
Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

...Nachdem die drei westlichen Besatzungsmächte insgeheim im Jahr 1947 in den USA entsprechende Banknoten gedruckt und damit unter offener Verletzung des Potsdamer Abkommens langfristig eine separate Währungsreform für die drei westlichen Besatzungszonen vorbereitet hatten, wurde dieses neue Geld (DM) in einer Nacht-und-Nebel-Aktion im Sommer 1948 in die westlichen Besatzungszonen ver- und in Umlauf gebracht.

Diese völkerrechtswidrige separate Währungsreform bewirkte letztendlich die Spaltung Deutschlands.
Nunmehr ordneten die westlichen Besatzungsmächte für ihre drei Zonen die Ausarbeitung einer westdeutschen Verfassung an, um, ebenfalls unter Verletzung des Potsdamer Abkommens, einen westdeutschen Separatstaat zu installieren. Im Ergebnis wurde von einer Expertengruppe, ohne Beteiligung und

auch ohne hinreichende Unterrichtung der Öffentlichkeit (statt einer Verfassung) als Provisorium das Grundgesetz ausgearbeitet. Dieses Grundgesetz war - absichtsvoll - anders als die vorgenannten Verfassungen zeitlos gehaltenen. Insbesondere entbehrt es einer eindeutigen antifaschistischen Aussage, einer Verurteilung der NS-Verbrechen. Infolgedessen fand in Westdeutschland nie eine grundlegende Aufarbeitung der Nazizeit und der in ihr stattgefundenen Verbrechen statt - was gerade in der Gegenwart wieder zu einem aktuellen Problem wird.

Eine Demokratie, die nicht stark genug ist, die Möglichkeit des Faschismus auszuschalten, ist eine Farce und keine Demokratie...
Eine Demokratie, in deren Rahmen auch der Faschismus seinen Platz hat, ist selbstmörderisch.

Louis Fürnberg
(1909—1957) war ein tschechoslowakisch-deutscher Schriftsteller, Dichter und Journalist, Komponist und Diplomat.

Ein „Parlamentarischer Rat" verabschiedete und verkündete am 23. Mai 1949 mit der Unterschrift Adenauers dieses Grundgesetz, nachdem die Besatzungsmächte ihre Rechte und Vorbehalte markiert hatten und die westdeutschen Landesparlamente binnen einer Woche - ohne jede Diskussion -hatten zustimmen können. (Der Freistaat Bayern hatte diesem GG seine Stimme verweigert.)

Nachdem im September 1949 mit der Bundesrepublik ein westdeutscher Separat-Staat installiert worden war, waren die Ostdeutschen in der sowjetischen Besatzungszone, um ein staatliches Vakuum hier zu vermeiden, gezwungen, entgegen ihren Wünschen und Zielen, einen ostdeutschen Teilstaat zu gründen, die DDR.
Für diesen ostdeutschen Teilstaat war keine Verfassung ausgearbeitet worden. Denn auch die Ostdeutschen wollten keine Spaltung Deutschlands.
In dieser Situation war es eine kluge Entscheidung der (provisorischen) Volkskammer der DDR, die sich aus dem deutschen Volksrat konstituiert hatte, eben jene Verfassung zur Verfassung ihres ostdeutschen Teilstaates, zu nehmen, die seit 1946 in Gesamtdeutschland gründlich und intensiv erörtert und diskutiert worden war.
So kam die für Gesamtdeutschland ausgearbeitete und breit diskutierte Verfassung dazu, am 7. Oktober 1949 die Verfassung des ostdeutschen Teilstaates, der DDR, zu werden.
Nachdem sich die DDR zunehmend erfolgreich entwickelt ...entstand die Verfassung von 1968, die durch Volksentscheid angenommen wurde. Somit waren die beiden vorgenannten DDR-Verfassungen -im Unterschied zum Provisorium des GG - das Ergebnis breiter öffentlicher Diskussionen. Die letztgenannte war - im Gegensatz zum Zu-Stande-Kommen des GG - auf demokratische Weise durch Volksentscheid beschlossen worden.

Porträt von NS-Schreibtischtäter Hans Globke hängt im Kanzleramt

Konrad Adenauer und Hans Globke 1963: Die Ernennung Globkes zum Staatssekretär zehn Jahre zuvor war hoch umstritten aufgrund von dessen NS-Vergangenheit. (Quelle: dpa)

Hans Globke half im Nationalsozialismus bei der Entrechtung der Juden – und machte später in der Bundesrepublik Karriere.
Im Kanzleramt hängt bis heute ein Porträt von ihm. Unkommentiert.
Es war eine der umstrittensten Entscheidungen in der Ära Adenauer. Im Oktober 1953 trat Hans Globke seinen Posten als Staatssekretär im Bundeskanzleramt an. Zum Entsetzen der Opposition. Als "unausgesprochene Amnestie für hohe NS-Funktionäre", kritisierte der SPD-Politiker Egon Bahr später diese Entscheidung. Denn Globke war ein Schreibtischtäter des "Dritten Reichs".
Der Jurist im Verwaltungsdienst hatte unter anderem einen folgenschweren Kommentar zu den "Nürnberger Rassengesetzen" von 1935 mitverfasst, einen der zentralen Bausteine zur Entrechtung und Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus.
Geduld bis 2020 nötig
Wie eine Regierungssprecherin nun gegenüber t-online.de bestätigte, hängt ein Porträt von Hans Globke – wie aller vorherigen Amtschefs – im Verwaltungsbereich des Bundeskanzleramts: "Eine Wertung des Wirkens oder Vorlebens der Amtschefs ist damit nicht verbunden." Die kritische Kommentierung von Globkes Tätigkeit während des "Dritten Reichs" ist demnach zurzeit nicht vorhanden oder in einem absehbaren Zeitraum vorgesehen.
Die Sprecherin verweist stattdessen auf zwei derzeit laufende Forschungsvorhaben: Zum einen das Projekt "Das Kanzleramt. Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit" unter Leitung des Instituts für Zeitgeschichte, ansässig in München und Berlin, sowie des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam. Zum anderen das Projekt "Praktiken öffentlicher Kommunikation und Verlautbarung in der frühen bundesrepublikanischen Mediendemokratie (1949-1969)", durchgeführt von der Universität Siegen.
"Der weitere Umgang mit dem Porträt in der Reihe der Chefs des Kanzleramtes wird nach der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse des Projekts thematisiert", heißt es dazu in der Stellungnahme. Eine entsprechende kritische Bewertung Globkes und seiner Handlungen ist demnach erst für das Jahr 2020 zu erwarten. 75 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus.
Verwendete Quellen: An frage an die Bundesregierung / Eigene Raserchen

Nach weiterem Zeitverlauf, insbesondere nach weiterer internationaler Anerkennung der DDR und ihrer Aufnahme in die Vereinten Nationen gleichzeitig mit der BRD im Jahre 1973 waren Änderungen dieser Verfassung geboten. Sie fanden in der Verfassung von 1974 Platz.

Es ist angebracht, sich auch an den bemerkenswerten Entwurf einer Verfassung der DDR des „Runden Tisches" vom April 1990 zu erinnern, denn dieser Text bewahrte viel Wertvolles aus den DDR-Verfassungen und brachte weitere verfassungsrechtliche

Fortschritte. Die Kohl-hörige Regierung de Maiziere und Mehrheit der letzten Noch-DDR-Volkskammer lehnten jedoch jegliche Erörterung dieses Verfassungsentwurfs ab. Sie wollten offensichtlich nur die schnellstmögliche Beseitigung der DDR.

Dr. Erich Buchholz

Aus Vorwort "VERFASSUNG der Deutschen Demokratischen Republik 1949 / 1968 / 1974

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Erinnerung: Dr. Lammert, der im Geleitwort zum Text des GG im Jahr 2006:

...Was in der Verfassung steht, ist eine Sache, eine andere Sache ist die Frage, ob und wie die in ihr formulierten Werte auch verwirklicht werden. - **Wohl wahr!**

Vor Gericht wie auf hoher See

Kommentar von Jana Frielinghaus zur deutschen Justiz

Wer in der Bundesrepublik etwas werden will, bekennt sich zum »Rechtsstaat« und distanziert sich zugleich vom «Unrechtsregime« der DDR.

Dabei ist es eine Binse, dass Justitia in »unserer Demokratie« keineswegs ohne Ansehen der Person entscheidet und dass Abertausende behördliches Handeln als Willkür erleben - Stichwort Hartz-IV-Sanktionen und Widersprüche gegen zu Unrecht verhängte Strafen, bis zu deren Behandlung durch die Gerichte elend viel Zeit vergeht und die keine aufschiebende Wirkung entfalten. ... Dabei sorgen nicht nur lange Wartezeiten für Skepsis, sondern auch ein System, in dem Polizisten bei Körperverletzung -im Amt fast nie mit Bestrafung rechnen müssen. Oder die Tatsache, dass die geltenden Gesetze gewährleisten, dass Zocker im Managerrang mit Samthandschuhen angefasst werden, während Entlassungen wegen des Verzehrs eines firmeneigenen Brötchens juristisch nicht zu beanstanden sind. Und die »Klageflut« bei Asyl-verfahren, laut Umfrage wesentlicher Grund für Überlastung, resultiert auch aus dem nicht rechtsstaatlichen Umgang der Behörden mit Geflüchteten. nd. 3.1.2019

SICHTWEISEN

UNANTASTBAR- Der Kampf für Menschenrechte

war die Film- Dokumentation von Angela Andersen und Claus Kleber überschrieben, die das ZDF 2018 ausstrahlte. In der Dokumentation kommen Stimmen aus vielen Teilen der Welt zu Wort. Auch der wundersame Joachim Gauck, der laut ZDF in verschiedenen Funktionen stritt: als Pastor in der DDR, nach der Wende als Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen und schließlich als deutsches Staatsoberhaupt. In einer Anmoderation erklärte **Claus Kleber**, dass Chinas KP den Virus der "Farbenrevolution" in Mittel Osteuropa fürchtet. Für **Professor Zhang Weiwei** und einige seiner Studenten aus Shanghai sind westliche Vorstellungen am Ende. Sie sind "anfälliger als Sie glauben. Mit Blick auf die Geschichte sage ich, dass die liberale Demokratie eine vorübergehende Sache sein wird. - Gehen Sie mal besser nicht davon aus, dass sie hält. Sie hängt von zu vielen Voraussetzungen ab. Z.B. vom verantwortungsbewussten Bürger. Ohne die stecken Sie in großen Schwierigkeiten. **Der Westen oder die USA produziert ein Desaster nach dem anderen. Der Westen hat mit Russland Mist gebaut, in der Ukraine Mist gebaut, in Ägypten, in Syrien usw. Das Gleiche in Hongkong.** Wir lehnen das kategorisch ab. Wir wollen Ein Land - zwei Systeme" Video verfügbar bis 5.12.2019

ANMERKUNGEN vom Freundeskreis Neue Zeit Geschichte Chemnitz